

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 35 (1945)
Heft: 23

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.07.2025

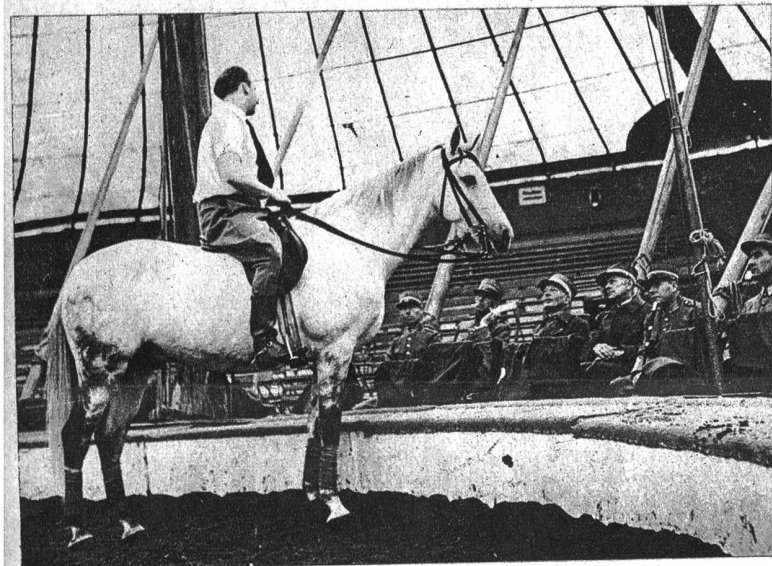
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



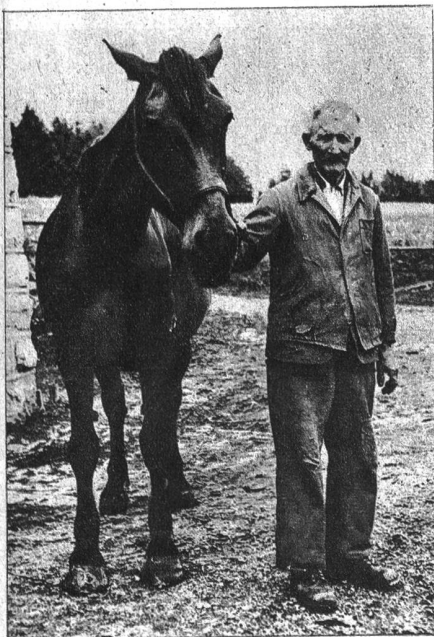
Der Bündner Grosse Rat hat mit grossem Mehr dem Gesuch zur Begnadigung von David Frankfurter, der 1936 den Landesgruppenleiter der NSDAP., Wilhelm Gustloff, erschoss, entsprochen. Unser Bild zeigt von links nach rechts: Rabbiner Dr. Eugen Messinger (Bern), Dr. Veit Wyler, David Frankfurter, Dr. Georges Brunschvig (Bern), der das Begnadigungsgesuch in die Wege leitete und Frankfurters Vormund Schmid-Ammann



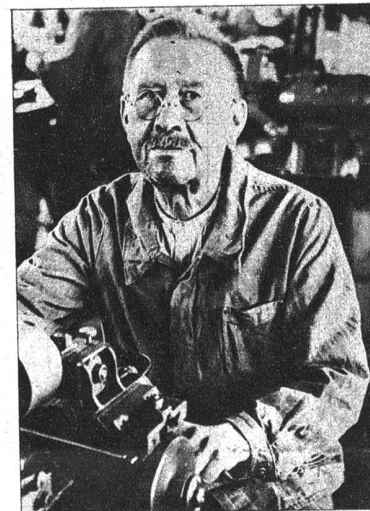
Norwegische Konzentrationslager-Insassen wurden in der Schweiz aufgenommen und sofort nach ihrer Ankunft in Schaffhausen reichlich verpflegt. (Ph. P.)



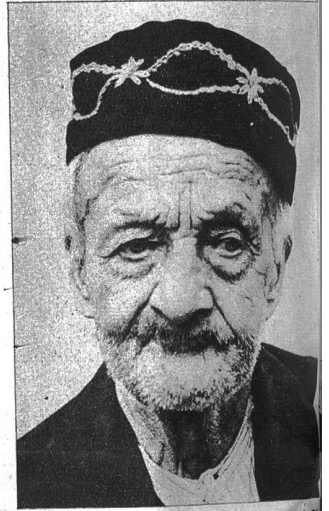
Fredy Knies hohe Reitkunst findet auch bei den „Kennern“ volles Interesse und hohe Anerkennung



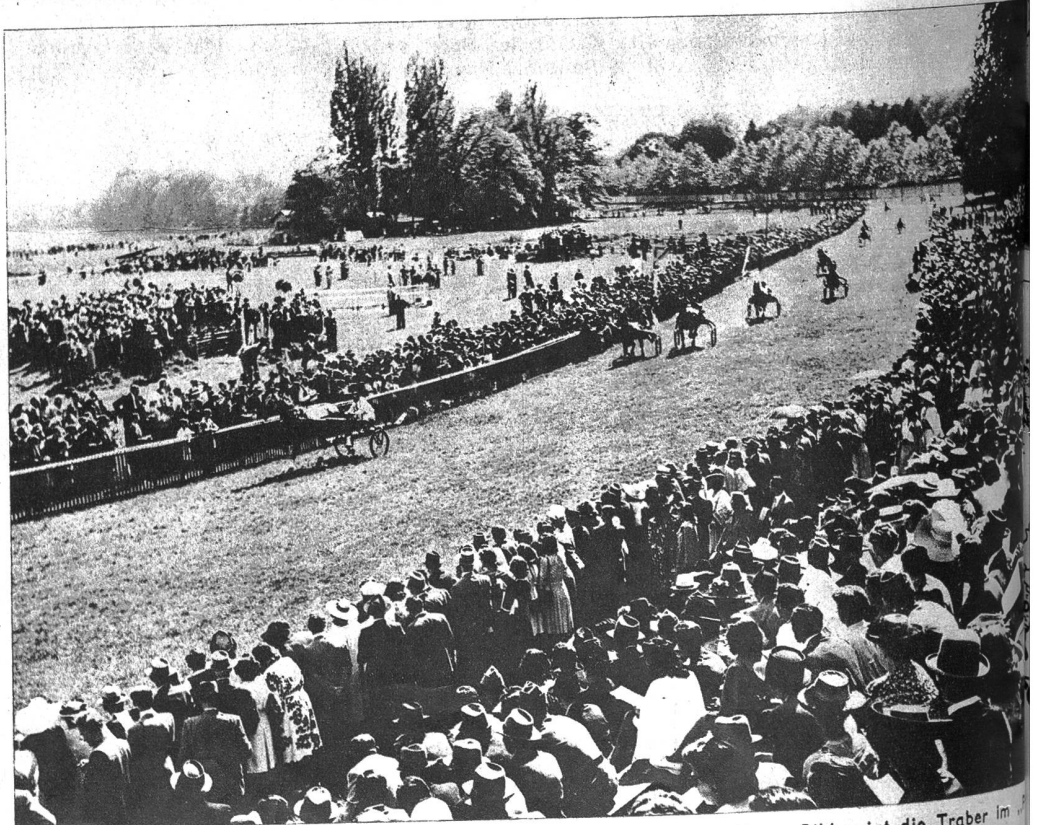
Ein volles halbes Jahrhundert lang hat Daniel Frey von Mont-Soleil sein verantwortungsvolles Amt als Schäfer von St-Imier verwaltet, und die Bürgergemeinde weiss ihm Dank, dass er auch weiterhin die Viehhabe des Jura-Dorfes in seine Obhut nimmt



50 Jahre am gleichen Arbeitsplatz. Im Frühjahr 1895 hat Vater Portenier-Steiner seine Arbeit in der Uhrenfabrik Büren begonnen und nun ein volles halbes Jahrhundert lang ausgeübt



Der älteste Obaargauer, Samuel Büsser in Mumenthal bei Aarwangen hat am 30. Mai 1945 sein 102. Lebensjahr angetreten



Ueber 10 000 Zuschauer fanden sich zum Pferderennen in Morges ein. Unser Bild zeigt die Traber im „Ulysse“ auf der Bahn

POLITISCHE RUNDSCHAU

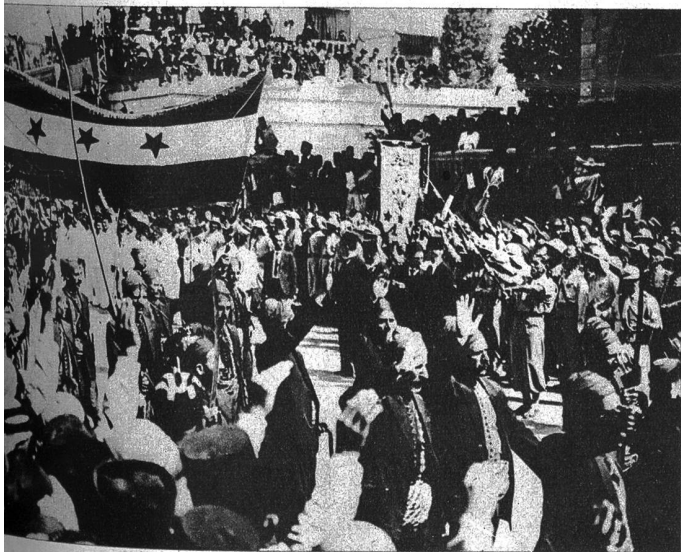
Moskau greift wieder an

-an- Die russischen Angriffe gegen die «profascistische Schweiz» sind eigentlich nie verstummt, treten nun aber anlässlich der bundesrätlichen Entscheidung über die *Behandlung des verflorenen deutschen Gesandten Köcher* in ein neues Stadium. Nach dem Bekanntwerden der «Säuberungsaktion», welche zuerst 25, dann weitere 250 aktive Nazis, die in unserm Lande die Arbeit der «Fünften Kolonne» organisierten, über die Grenze stellte, konnte man auf das Echo des Auslandes gespannt sein. Guter Wille musste anerkennen, dass unser Land nicht zum Zufluchtsort flüchtiger Kriegsverbrecher aus dem Reiche wurde, weil wir keinen, auch keine Franzosen vom Schlage Laval, hereinliessen und nur in einigen Zweifelsfällen, so beim Grafen Volpi, der Gräfin Edda Ciano-Mussolini, bei Bastianini und Alfieri, ein Auge zudrückten. Guter Wille musste uns auch die 25 plus 250 gutschreiben. Guter Wille musste schliesslich die Erwägung, dass die Masse der Nazis in unserm Lande Mitläufer und Konjunktur-Pgs, also «Herde» waren, würdigen und verstehen, warum wir nicht alle ausweisen.

Allein es scheint, dass sich zwischen dem offiziellen Denken unserer Behörden, die «billig zu handeln» glauben, und den Russen mit ihrem radikalen Säuberungswillen, eine Kluft befindet, die man kaum überbrücken kann. Für unseren Bundesrat ist die nachweisbare Tatsache eines mässigen Einflusses Köchers bei seiner Regierung, wenn es um unsere Belange ging, ein Grund, ihn jetzt

nicht wie einen offensichtlichen Spionageleiter und Sabotageorganisator über die Grenze zu stellen. Für die Russen und für jeden Linksradikalen bei uns ist die andere Tatsache, dass Köcher Pg gewesen und in der deutschen Kolonie unseres Landes stramm in Nazi- und Führer- und Siegespolitik und -propaganda mitmachte, Beweis genug für seine Gefährlichkeit. Uns sagen die 25 plus 250 etwas. Moskau würde erst glauben, dass wir die Nazis nicht schonen, wenn wir z. B. sämtliche 8000 Nazis im Zürcher Stadtgebiet ausweisen würden. Für uns ist es selbstverständlich, dass wir nach 1940 verhungern und der für unsere Armee notwendigen Industrie wichtigste Rohstoffe entziehen mussten, wenn wir auf den Handelsverkehr mit dem Reiche — zu Bedingungen, die uns das Reich aufzwingen — verzichteten. Schon um unserer Wehrkraft willen brauchten wir diesen Tauschverkehr. Für Moskau ist jeder gelieferte Motor und jede über den Rhein geleitete Kilowattstunde Energie eine «profascistische Aktion» gewesen — weil Moskau das so anschauen will — oder aber, weil es nicht anders kann, als es so zu sehen.

Unsere Hoffnung hat nicht aufgehört, bei den Westalliierten die Vermittler zu finden, die endlich den Russen erklären, in welcher Lage wir uns befanden — und die ihnen auch beibringen, weshalb wir die Ausweisungsfälle Nummer für Nummer prüfen. Wenn wir uns dabei vielleicht deutlicher als es manchenorts geschieht, vorstellen, aus welchen Erfahrungen heraus die Russen gegen die vornehmen «Mitgänger» der Nazis radikaler als wir vorgehen, erleichtert dies den Vermittlern die Aufgabe.

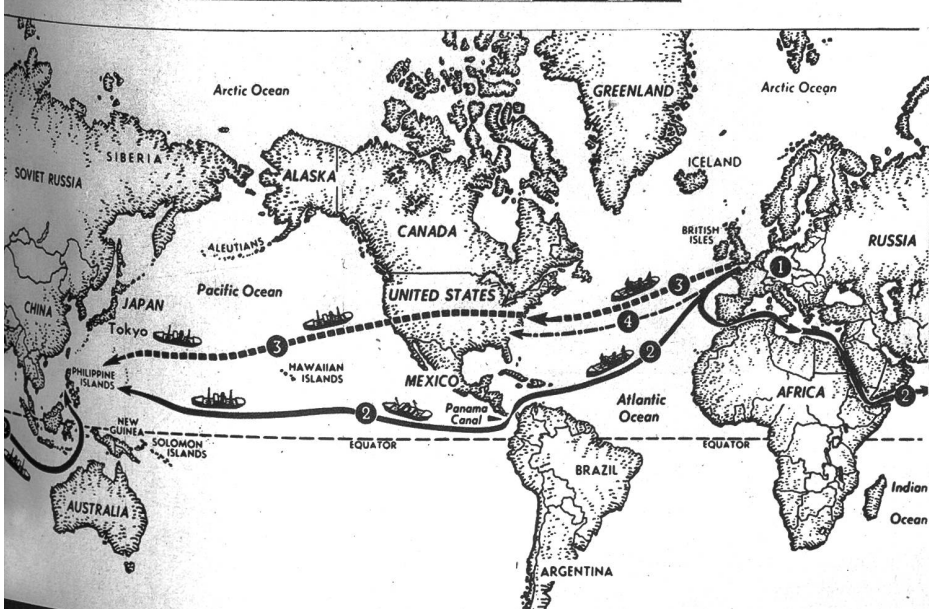


Links: Gespannte Lage in Syrien. Kundgebungen, Streiks, geschlossene Geschäfte und Schiessereien ereignen sich in den Städten Syriens, die sich gegen die Verstärkung der französ. Truppenbestände richten. Syrien will ein unabhängiger Staat sein

Rechts: Britische Offiziere haben den berüchtigten englischen Sprecher des deutschen Radios, William Joyce, bekannt unter dem Namen „Lord Haw-Haw“ verhaftet. Als er sich zur Wehr setzte, wurde er durch einen Beinschuss verletzt



Links: Grösste Truppenverschiebung aller Zeiten. Gegenwärtig vollzieht sich die gewaltigste Truppenverschiebung aller Zeiten, die zudem den ganzen Erdball umfasst. Es handelt sich um die Umstellung vom europäischen auf den asiatischen Kriegsschauplatz der amerikanischen Armeen. Diese Übersichtskarte gibt einen Begriff von den gewaltigen Operationen, die allein schon in diesen Truppenverschiebungen enthalten sind. Die Zahlen bedeuten: 1=Amerikanische Besetzungstruppen, die in Deutschland bleiben. 2=Truppen, in Deutschland zum direkten Einsatz im Pazifik, eingeschifft. 3=Ein grosser Teil der in Deutschland zum Einsatz gekommenen amerikanischen Armeen verbringt zuerst einen Urlaub in den Vereinigten Staaten und wird erst dann nach dem Pazifik transportiert. 4=Eine Anzahl amerikanischer Truppen kann bereits schon zur Demobilisierung nach Amerika heimkehren



Das Kolonialproblem

Blitzartig haben die *Ereignisse in Syrien* zur Anschauung gebracht, dass Europa in den nächsten Jahren nicht nur zu Hause mit schweren Wiederaufbausorgen zu kämpfen haben wird, dass es vielmehr über diese Sorgen hinaus um die Rettung oder *Neufundierung seiner Herrschaft in den Kolonien* belastet ist. Wir sagen «Europa» und wissen dabei, dass England und Frankreich die Hauptträger der Kolonialbasis unserer Wirtschaft sind, und dass dazu auch die Niederlande in Indien und Belgien im Kongo, Portugal und Spanien mit Resten ihrer einstigen Reiche auf afrikanischem und asiatischem Boden kommen. Gesamt Europa hat teilgenommen an den Vorteilen, welche die politische Macht einiger Staaten in den Kolonien einbrachte: «Wir alle», auch die kleinen, haben in Afrika und sonstwo Handel getrieben, Rohstoffe bezogen, Produkte aller Art abgesetzt, haben Leute hinschicken können, die sich dort als Pioniere betätigten und sich Reichtum erwarben.

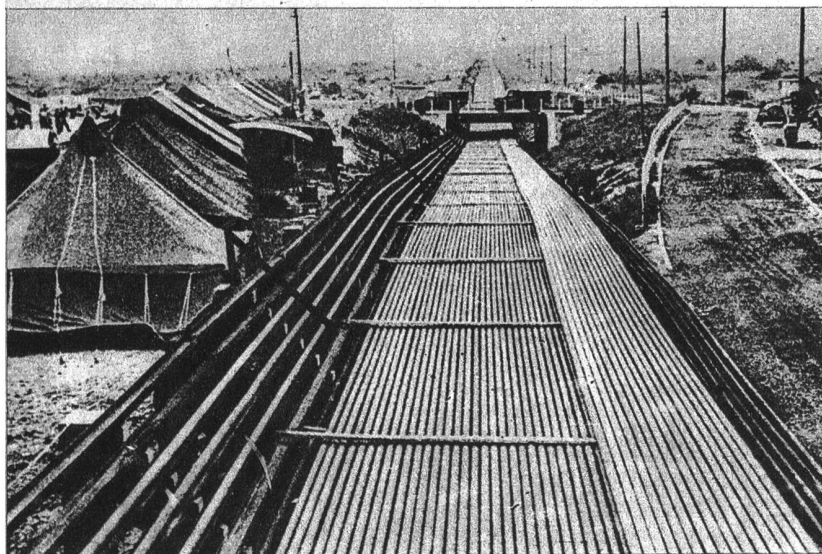
Die führende Kolonialmacht, Grossbritannien, hat am frühesten gespürt, dass es mit dieser Herrschaft nicht ewig weitergehen könne. Der junge Bolschewismus rechnete nach 1920 mit den Kolonien als Verbündeten, wenn einmal der Grossangriff der kapitalistischen Mächte gegen den sozialistischen Staat beginnen würde. Die *Vereinigten Staaten*, die noch mehr auf reine Handelspolitik eingestellt waren als die Engländer und Holländer, gaben mit der «Freilassung» der Philippinen das Beispiel der «Entlassung» eines Kolonialvolkes aus der Vormundschaft ihres Oberherrn. Diese alte Kolonie Spaniens, die um die Jahrhundertwende amerikanisch geworden, sollte nach 1940 selbständig werden, und um ihre Entwicklung zu

sichern, erhielt sie ihre eigene Verfassung mit Parlament und Präsident nach amerikanischem Muster. England wiederum entliess die *Halbkolonie Aegyptens* aus der Oberhoheit, anerkannte ihre Unabhängigkeit und behielt sich lediglich die Kontrolle über den *Suezkanal* und die dazu nötigen militärischen Stützpunkte vor.

Dann kamen die Italiener unter Mussolini und vernichteten in einem «anachronistischen» Kolonial-Eroberungskrieg das *abessinische Reich*. Dies zu einer Zeit, da die weiseren und erfahrenen Mächte an die *schrittweise Erziehung der Kolonien zur Selbständigkeit* dachten. Im Völkerbund wurden «Mandate» über bestimmte früher deutsche Gebiete vergeben — ebenso über ehemals türkische Araberstaaten, und von Anfang an wurde festgelegt, dass die Vormundschaft der europäischen Mächte über die Mandatsländer nur so lange dauern dürfe, bis sich dort die Bedingungen für eine völlige Selbständigkeit entwickelt hätten. Es versteht sich nun von selber, dass keine Grossmacht auf Vorrechte verzichtet, wenn sie das nicht muss, und dass auch Amerika, Grossbritannien und die Niederlande, die «liberalen» Kolonialmächte also, versuchen, die freizulassenden Gebiete in anderer Form an sich zu binden. Und zwar, indem man sie zu «Verbündeten» erhebt und in den eigenen Reichsverband aufzunehmen versucht.

Die Franzosen

jedoch scheinen die britische Methode nicht begriffen zu haben. Das fehlende Verständnis für die zeitgemässe Haltung in kolonialen Fragen hat in *Syrien und im Libanon* 400 Tote gekostet, und das ist schlimm. Was für Frankreich schlimmer sein dürfte, das ist das verscherzte moralische Prestige bei den Levantevölkern. Profitiert hat England, das in gewissem Sinne zur «Schutzmacht der



Gewaltige Kabelanlagen und künstlich erstellte Röhrenkanäle durchziehen die englische Landschaft. Hier wurden die eigentlichen Brennstoffröhren hineingelegt

Erste Originalbilder von der grössten Brennstoffversorgungslinie des zweiten Weltkrieges

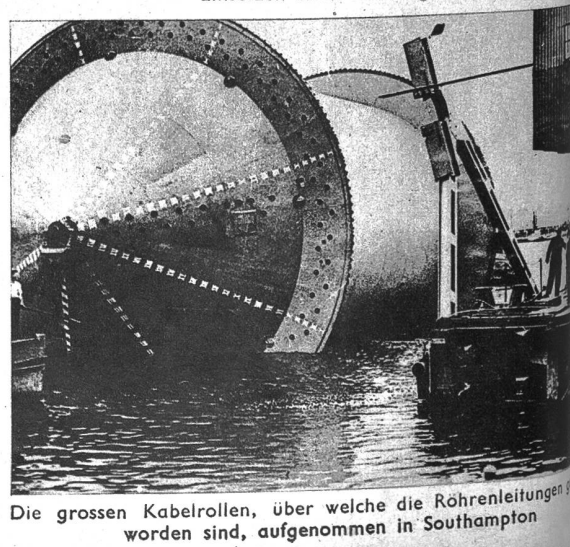
Zur Versorgung der auf dem europäischen Kontinent kämpfenden Truppen legten die Engländer ein Röhrenleitungssystem an, das unter dem Kanal geführt wurde.

Insgesamt sind 20 dieser Unterwasserleitungen angelegt worden. Fünf davon führten nach Cherbourg, die andern nach Boulogne. Von Dungeness nach der Küste von Kent und weiter nach Boulogne allein wurden 800 km Röhrenleitungen angelegt. Die britische Flotte hatte die Aufgabe, die Unterwasserröhren zu legen, und es wurden spezielle Detachements gebildet, die mit Schiffen

aller Grössen ausgestattet waren, vom 10 000-Tonnen-Schiff bis hinunter zum Motorboot. Kurze Zeit nach Beginn der Invasion — am 12. August 1944 — wurde die erste Röhrenleitung in Betrieb genommen. Sie beförderte den Brennstoff in befriedigender Weise an die Westfront. Das geglückte Experiment wurde im Schnelltempo weiter ausgebaut. Heute — nach Beendigung der Feindseligkeiten in Europa — funktionieren die Zuleitungen immer noch, und es ist beabsichtigt, dieselben auch während der Friedenszeit in Betrieb zu lassen, um Tankschiffe zu sparen. (Ph. P.)



Bild von der Montage der Röhrenleitungen in Frankreich. Einsetzen einer Abzweiglinie



Die grossen Kabelrollen, über welche die Röhrenleitungen worden sind, aufgenommen in Southampton

Araber» in einem andern als dem gewöhnlichen Sinne avanciert. Man kann wohl sagen, dass es die Engländer wären, gegen welche sich die arabische Politik richten müsste, gäbe es keine Franzosen, die man in Syrien und im Libanon hassen und gegen die man in den andern arabischen Gegenden protestieren kann.

Was eigentlich geschehen ist, das lässt sich nicht genau überblicken, und vieles ist auch nach den abklärenden Darstellungen von französischer Regierungsseite nicht gewiss. Im Anfang wurde die Unruhe unter den Syrern durch die *Landung französischer Armeeeinheiten, die für den Krieg gegen Japan bestimmt waren*, hervorgerufen. Es wurde in Paris noch vor den Schiessereien erklärt, dass solche Neustationierungen notwendig seien, weil der ganze vordere Orient Aufmarsch- und Etappengebiet bleibe, bis Japan kapituliert habe.

Warum aber die syrische Unruhe? *Man fürchtet in Damaskus und in der libanesischen Hauptstadt Beirut, dass Frankreich danach trachte, den Vertrag von 1936, welcher die beiden Mandatsländer als unabhängig erklärt, zu negieren* und mit Hilfe der freigewordenen Machtmittel die immer noch bestehende Besetzung zu verewigen, die Parlamente und Regierungen in beiden Staaten zu einem Scheindasein zu degradieren, kurz, zu «befehlen». Darum die Landungen. Der Japankrieg wäre demnach für Frankreich der reine Vorwand für ein verschärftes Besatzungsregiment. Aus diesen Gründen verlangten die Syrer Verhandlungen mit Paris, um den Rückzug der französischen Truppen zu erwirken. Paris stellt nun den Fall so dar, als habe der Kommandant der französischen Truppen Vollmachten erhalten, mit den beiden Regierungen zu verhandeln. Offenbar wünschten die Syrer nicht einen Militärkommandanten, sondern eine französische politische Delegation von einer Ranghöhe, wie sie Verhandlungen mit unabhängigen Staaten entspricht. Und wenn dies die Regierungen in Damaskus und Beirut nicht offiziell zur Kenntnis brachten, die «Patrioten» in beiden Ländern bekundeten es mit Taten — und mit 400 Toten.

Es erfolgten Angriffe auf die Besatzungen in *Damaskus*, in *Homs*, in *Aleppo* und anderswo, und die französischen Truppen erhielten Befehl, zu schiessen; ein dreitägiges Gemetzel ging los, und vermutlich würde es noch länger gegangen sein ohne die *britische Intervention*. In Paris betont man die eigene Unschuld, und dass es die Syrer gewesen, welche angegriffen. Polizeikräfte der beiden Regierungen hätten an den Demonstrationen teilgenommen.

Die Frage der Verhandlungen

bekam nach dem britischen Eingreifen ein ganz neues Gesicht. Es war *Churchill, der eine persönliche Botschaft an de Gaulle richtete* und die Unmöglichkeit des französischen Verhaltens feststellte. De Gaulle zog vor, zu erklären, die publizierte Note Churchills sei öffentlich bekanntgegeben worden, verlange also nicht eine förmliche Beantwortung. Mit andern Worten: Die britische Intervention ist unerwünscht, und Paris ärgert sich. Trotzdem erteilte de Gaulle den Besatzungen in *Syrien den Befehl, das Feuer einzustellen* und «ihre Positionen zu halten». Auf die britischen Ankündigungen, es werde demnächst in Paris eine «Dreierkonferenz» von Vertretern Frankreichs, Englands und der USA zusammentreten und die Levantefrage klären, antwortet die französische Regierung mit Schweigen. De Gaulle wünscht keine weitem Schritte seiner Freunde, die ihm während seines schweren Aufstieges das Leben wirklich nicht leicht gemacht haben.

Demütigend für das schwankende französische Machtbewusstsein ist vor allem der *Umstand, dass das alliierte Oberkommando in Syrien durch die Engländer ausgeübt wird*. Der französische Kommandant untersteht dem englischen. London hat de Gaulle, als Leiter Frankreichs, zu handeln aufgefordert. Damit wurde der Schein der franzö-

sischen Vormacht in der nördlichen Levante noch einmal gewahrt. Aber London wünscht, dass Paris die Lage so einzuschätzen lerne, wie sie wirklich aussieht: Dass die französischen Truppen noch als «alliierte Streitkräfte» für den Japankrieg und nicht mehr als «Besatzungen» zu gelten haben. Mit anderen Worten, dass das britische Oberkommando sie, je nach Ermessen, anderswohin dirigieren könne. Das ist nun auch geschehen. Unter Schmähungen und Jubel der Syrer haben die Engländer am 4. Juni *die Franzosen, auch die Zivilisten, aus den syrischen Städten zu evakuieren begonnen*.

Zu Beginn dieser Woche machte es den Anschein, als ob USA. und England die französische Regierung zum Einlenken bewogen hätten. Der französische *Aussenminister Bidault* erklärte, Frankreich anerkenne «mit Vergnügen» die Unabhängigkeit der beiden Republiken. Mit Missvergnügen wird es aber die syrischen Versuche sehen, sich einen *von Frankreich gewünschten Bündnis* ... und darum sollen sich nach dem Wunsche de Gaulles die Verhandlungen drehen, zu entziehen. Die Bündniswilligkeit der Syrer und Libanesen ist natürlich durch die Schiessereien nicht gefördert worden.

Die französischen Sorgen, gemischt mit stillem Argwohn, gehen im übrigen dahin, dass die beiden Republiken in ein britisches Bundesverhältnis hineinmanövriert und statt nach Paris nach London ausgerichtet würden. Nicht umsonst setzte England durch, dass *Damaskus und Beirut nach San Franzisko eingeladen* wurden. Das war die eindeutigste Anerkennung ihrer Würde als unabhängige Nationen. Als weitere Demonstration in dieser Richtung kann die Kundgebung beider Staaten gelten, am Krieg gegen Japan teilzunehmen.

Was machen die Russen?

Man hat in den ersten Jahren nach der russischen Revolution erlebt, dass in jedem unruhigen kolonialen Winkel bolschewistische Emissäre entdeckt oder wenigstens vermutet wurden. Heute ist davon nicht die Rede. Moskau hat recht gemässigt in die Ermahnungen Londons und Washingtons zuhänden de Gaulles eingestimmt und die Gelegenheit benutzt, um einen Solidaritätsbeweis zu liefern, welchen die beiden anderen Grossen zu würdigen wissen. Mehr ist nicht geschehen.

Aber man darf nicht vergessen, dass die deutschen Probleme alles andere überschatten und die Welt leicht übersehen lassen, was die russische Politik in anderen Weltgegenden für Hasen aufreibt. Die *Warnung des neuen Berliner Bürgermeisters Werner an die «Werwölfe»*, wonach bei jedem Attentat und bei jeder Brandstiftung 50 Angehörige der ehemaligen NSDAP. erschossen würden, interessiert mehr als Syrien, und die *Differenzen um Bornholm*, in welchem die russische Besetzung sich «bis zur Vernichtung sämtlicher deutscher U-Boote in der Ostsee», häuslich einrichten, kann in London eben noch grösseres Misstrauen erwecken, als die heute fernliegende Möglichkeit des russischen Werbens um die Araber, das man einst ziemlich fürchtete.

Vielleicht werden wir in der nächsten Zeit überrascht werden von einem *russisch-türkischen Vertrag über die Meerengen*, in welchem auch andere Fragen als nur die der Dardanellen-Durchfahrt geregelt werden. Verhandelt wird jedenfalls, und das Gerücht wollte wissen, dass sie bis zur *Planung eines Balkanbundes* gediehen seien, in welchem *Russland und die Türkei als führende Mächte* auftreten würden! Ob das Reporterphantasie oder ausgebrütete Tatsache ist, wird man mit der Zeit erfahren.

Alle Wäsche besorgt Ihnen

Wäscherei Papritz, Bern

Telephon
3 46 62